Schweizerisches Bundesblatt.

Jahrgang III. Band I.

N^{ro.} 5.

Samstag, den 1. Februar 1851.

Man abonniert ausschließlich beim nächstgelegenen Postamt. Preis für das Jahr 1851 im ganzen Umfange der Schweiz portofrei Frk. 3. Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden. Gebühr 1 Bogen per Zeile oder deren Raum.

Verhandlungen der Bundesversammlung, des
National- und Ständerathes.

Bundesgesetz

über

die Verantwortlichkeit der eidgenössischen Behörden
und Beamten.

(Vom 9. Dezember 1850.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen
Eidgenossenschaft,

in Ausführung des Art. 110 der Bundesverfassung,
nach Einsicht des Vorschlages des Bundesrathes,

beschließt:

A. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Verbrechen oder Vergehen, welche von Mit-
gliedern des National- und Ständerathes bezüglich auf
ihre Stellung verübt werden, fallen unter Vorbehalt des
Bundesblatt. Jahrg. III. Bd. I.

Art. 17 in das Gebiet der allgemeinen eidgenössischen Strafgesetze.

Für Uebertretung der Reglemente werden sie nach Maßgabe derselben von der betreffenden Behörde disziplinarisch behandelt. Hingegen sind die Mitglieder des National- und Ständerathes für ihr Votum in der Behörde nicht verantwortlich und es kann nie eine hierauf bezügliche Klage erhoben werden.

Art. 2. Die Mitglieder der eidgenössischen vollziehenden und richterlichen Behörden, sowie die übrigen Beamten sind für ihre amtliche Geschäftsführung nach den Bestimmungen dieses Gesetzes verantwortlich. Das selbe ist der Fall bei allen Personen, welche entweder provisorisch ein Amt bekleiden, oder eine vorübergehende, amtliche Funktion übernehmen.

Art. 3. Bis zum Beweise des Gegentheils wird die Theilnahme der einzelnen Mitglieder an den Amtshandlungen einer Behörde präsumirt.

Die einzelnen Mitglieder haften für den verursachten Schaden nicht solidarisch, sondern für ihr Betreffniß.

Sofern die einzelnen Mitglieder den Schaden nicht ersetzen können, so hat der Bund zu entschädigen.

Art. 4. Die Verantwortlichkeit wird begründet durch Verübung von Verbrechen und Vergehen in der Amtsführung, sowie durch Uebertretung der Bundesverfassung, Bundesgesetze oder Reglemente.

Art. 5. Die Verantwortlichkeit kann disziplinarische Verfügungen, Zivilklage und Kriminalklage zur Folge haben.

Art. 6. Das eidgenössische Strafgesetz bestimmt den Thatbestand der Verbrechen und Vergehen der Beamten und setzt die Strafen fest (Art. 107 der Bundesverfas-

fung). Dieses gilt jedoch nur insofern, als die eidgenössischen Militärstrafgesetze nicht zur Anwendung kommen.

Art. 7. Die Zivilklage auf Schadenersatz setzt voraus:

- 1) eine rechtswidrige Handlung oder Unterlassung im Sinne des Art. 4;
- 2) einen dadurch verursachten positiven Schaden.

Art. 8. Das Gesetz über das Verfahren in Strafsachen wird bestimmen, in wie fern den Beschädigten das Recht der Intervention im Strafprozesse zu gestatten ist.

Art. 9. Die Verjährung bei der Kriminalklage tritt inner der Frist ein, welche das eidgenössische Strafgesetz überhaupt für Verbrechen und Vergehen festsetzen wird.

Art. 10. Für die Eidgenossenschaft verjährt die Zivilklage:

- 1) inner einem Jahre, nachdem die Behörde, welche über Erhebung der Klage zu entscheiden hat (Art. 32 und 42) von der Schädigung Kenntniß erhalten;
- 2) inner sechs Monaten von der Schlußnahme auf Erhebung der Klage an gerechnet, jedoch
- 3) in dem Falle, wo gleichzeitig eine Kriminalklage beschlossen wurde, drei Monate nach dem Endurtheil im Strafprozeß.

Art. 11. Eine von Privaten oder Korporationen gegen Beamte gerichtete Zivilklage verjährt:

- 1) wenn der Beschädigte von dem Zeitpunkte an, wo er von der Schädigung Kenntniß erhalten, seine Klage inner Jahresfrist nicht beim Bundesrath hängig macht (Art. 43);
- 2) inner drei Monaten von der Zeit an, wo der Bundesrath seine Zustimmung zur Klaganhebung erteilte oder verweigerte.

Sollte inner den bezeichneten Fristen gegen die betreffenden Beamten ein den Thatbestand der Zivilklage

beschlagender Kriminalprozeß hängig sein, so wird die Zeit seiner Dauer von der Schlußnahme über die Anklage bis zum Endurtheil bei den Verjährungsfristen nicht berechnet.

Art. 12. Die Verjährung von Zivilklagen für die Eidgenossenschaft, für Privaten oder Korporationen erfolgt jedenfalls nach fünf Jahren vom Eintritt des Schadens an gerechnet.

Art. 13. Die Kauttionen der Beamten dürfen erst dann ausgingegeben werden, wenn seit dem Tode oder Rücktritte derselben alle in diesem Gesetzesabschnitte (Art. 10 bis 12) bezeichneten Verjährungsfristen abgelaufen sind und keine Klage angebracht wurde.

Art. 14. Wenn ein eidgenössischer Beamter durch Behörden eines Kantons strafrechtlich verfolgt wird und behauptet, daß er die fragliche Handlung kraft seiner amtlichen Stellung angeordnet oder begangen habe, so ist derselbe anzuhalten, sich unverzüglich an den Bundesrath zu wenden. Zwischen diesem und der betreffenden Kantonsregierung wird nun die Frage erörtert, ob die Straffkompetenz des Bundes und das Verfahren nach Maßgabe dieses Gesetzes, oder die Straffkompetenz des Kantons und die Anwendung seiner Gesetze begründet sei. Beim Widerspruch überweist der Bundesrath diesen Konflikt, nach Art. 74, Ziffer 17 der Bundesverfassung, an die Bundesversammlung.

Inzwischen ist jedes Verfahren gegen den Beamten suspendirt, mit Ausnahme der nöthigen Sicherheitsmaßregeln, welche die betreffende Kantonsregierung entweder in ihrem Interesse, oder, auf Begehren des Bundesrathes, im Interesse des Bundes zu verfügen hat.

Art 15. Dasselbe Verfahren tritt ein, wenn ein eidgenössischer Beamter durch eine und dieselbe Handlung

nach Art. 4 oder 6 dieses Gesetzes verantwortlich wird und zugleich ein kantonales Strafgesetz übertritt. Hier entscheidet beim Widerspruche des Bundesrathes und der Kantonsregierung die Bundesversammlung in dem Sinne, daß die überwiegende und schwerere Uebertretung die Kompetenz begründen und die leichtere nur als Schärfsungsgrund in Betracht kommen soll.

Art. 16. Wenn ein eidgenössischer Beamter gleichzeitig durch verschiedene Handlungen sowol Bundesgesetze (nach Art. 4 und 6), als auch kantonale Strafgesetze übertritt, so wird er dem Bunde und den Kantonen strafrechtlich verantwortlich.

Die Reihenfolge des beidseitigen Verfahrens gegen denselben wird durch das erste Einschreiten (Prävention) bestimmt. Diejenige Behörde, welcher die spätere Verfolgung zufällt, darf indessen von der andern die angemessenen Sicherheitsmaßregeln verlangen.

B. Einzelne Bestimmungen über das Verfahren.

I. Betreffend die Mitglieder des National- und Ständerathes.

Art. 17. Wenn Mitglieder des National- und Ständerathes eines Verbrechens oder Vergehens bezüglich auf ihre amtliche Stellung (Art. 1) angeschuldigt werden, so kann nur durch Beschluß der Bundesversammlung auf die in den Art. 20 bis 25 bezeichnete Art eine gerichtliche Verfolgung eintreten. In solchen Fällen steht demjenigen Rathe, welchem das betreffende Mitglied angehört, die Priorität der Behandlung zu.

II. Betreffend die von der Bundesversammlung gewählten Behörden und Beamten.

Art. 18. Die von der Bundesversammlung gewählten Behörden und Beamten sind derselben nach Inhalt dieses Gesetzes verantwortlich. Nur sie kann eine gerichtliche Verfolgung derselben wegen Amtshandlungen oder Unterlassungen, die sich auf die amtliche Stellung beziehen, beschließen und es sind daher alle derartigen Klagen gegen jene Behörden oder Beamten an die Bundesversammlung zu richten.

Art. 19. Der Bundesrath ist verpflichtet, die Bundesversammlung einzuberufen, wenn einzelne seiner Mitglieder in ihrer amtlichen Stellung ein Verbrechen oder Vergehen verüben sollten, und eine Sitzung nicht innerhalb eines Monates bevorsteht. Auch das Bundesgericht ist verpflichtet, von Verbrechen oder Vergehen seiner Mitglieder oder Ersazmänner dem Bundesrath sofort Kenntniß zu geben. Dieser hat der Bundesversammlung bei ihrer nächsten Sitzung den Fall vorzulegen.

Art. 20. In diesen Fällen, oder wenn in den Räthen der Bundesversammlung ein Antrag auf Kriminalklage gestellt oder eine Beschwerde eingereicht wird, die eine solche zur Folge haben kann, ist vor Allem den betheiligten Personen davon Kenntniß zu geben und zur Behandlung der Vorfrage über die Erheblichkeit Tagfahrt anzusetzen. Die Entscheidung darüber erfolgt erst nach Anhörung der allfälligen mündlichen oder schriftlichen Erklärungen der Betheiligten.

Art. 21. Wenn der National- oder Ständerath sich für die Nichterheblichkeit des Antrages oder der Beschwerde ausspricht und bei diesem Beschlusse beharrt, so ist der Gegenstand erledigt.

Art. 22. Haben sich beide Behörden für die Erheblichkeit erklärt, so bestellt jede durch das Loos eine Kommission zur nähern Untersuchung der Sache. Diese Kommission ist verpflichtet, den Betheiligten Gelegenheit zur Vertheidigung zu geben und von Amtes wegen diejenigen Akten herbeizuschaffen, welche zur Aufklärung des Gegenstandes erforderlich sind.

Art. 23. Die Anträge der Kommission sind auf folgende Momente zu richten :

- a. entweder der Klage keine weitere Folge zu geben;
- b. oder den Beschluß aufzuheben, welcher den Gegenstand der Beschwerde bildet;
- c. oder eine Mahnung an die fehlbaren Beamten zu erlassen;
- d. oder eine Zivil- oder Kriminalklage zu erheben.

Diese Anträge können einzeln gestellt oder auch der zweite und dritte, sowie der zweite und vierte verbunden werden.

Art. 24. Die Verhandlungen über den Kommissionsbericht können erst nach Ablauf von mindestens sechs Tagen nach der ersten Berathung (Art. 20) stattfinden und es ist auch für den Betheiligten schriftliche oder mündliche Vertheidigung zu gestatten.

Dem Betheiligten ist wenigstens 24 Stunden vor der Verhandlung Einsicht in den Kommissionsbericht zu gewähren.

Art. 25. Wird von beiden Räten die Anhebung einer Kriminalklage beschloffen, so ist der Gegenstand an das Bundesgericht zu überweisen. Durch diesen Entschcheid werden die angeklagten Beamten suspendirt, und die Bundesversammlung hat sofort Ersazmänner zu wählen.

Art. 26. Im Falle einer Ueberweisung an das Bundesgericht sind diejenigen Mitglieder und Ersazmänner desselben, welche zugleich Mitglieder des National- oder Ständerathes sind, bei dem Bundesgerichte im Ausstand.

Art. 27. Die Bundesversammlung wählt in vereinigter Sitzung einen besondern Staatsanwalt und so viele außerordentliche Ersazmänner des Bundesgerichtes, als erforderlich sind, um die Refusationsfragen und nöthigenfalls die Hauptsache selbst zu beurtheilen. Sie beedigt diese Beamten.

Art. 28. Bei diesen Wahlen ist zugleich Rücksicht zu nehmen auf die Artikel 56 und 57 des Gesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege, betreffend Unfähigkeit zum Richteramt und Ablehnungsgründe. Auch dürfen keine Personen gewählt werden, welche von der Behörde abhängen, deren Mitglieder angeklagt sind.

Art. 29. Sollten alle Mitglieder des Bundesgerichtes angeklagt werden, so wählt die Bundesversammlung für diesen Fall ein besonderes Gericht, nach Maßgabe der Art. 27 und 28. Diesem kommen alle Attribute des Bundesgerichtes zu.

Art. 30. Das Verfahren bei dem Bundesgerichte ist durch das Gesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege und durch den Strafprozeß vorgeschrieben.

Art. 31. Das Urtheil ist dem Bundesrath zu Handen der Bundesversammlung mitzutheilen. Lautet dasselbe auf Freisprechung, so treten die suspendirten Beamten sofort wieder in ihre gesetzlichen Funktionen ein. Im Falle der Verurtheilung hat der Bundesrath für die Vollziehung zu sorgen.

Art. 32. Jede, gegen die von der Bundesversammlung gewählten Beamten, gerichtete und auf deren rechtswidrige Amtsführung gestützte Zivilklage ist zuerst bei der

Bundesversammlung anzubringen, woselbst das in den Art. 20 — 23 bezeichnete Verfahren stattfindet.

Art. 33. Beschließen die beiden Räte, es sei der Klage Folge zu geben, so wird dieselbe dem Bundesgerichte zur Behandlung nach den Vorschriften des Zivilprozesses überwiesen. Im entgegengesetzten Falle steht die Eidgenossenschaft für den Beamten ein, und es ist der klagenden Partei unbenommen, ihre Entschädigungsforderung gegen sie zu richten.

Art. 34. Wenn die Bundesversammlung die Ueberweisung einer Zivilklage an das Bundesgericht beschließt, so wählt und beedigt sie die in Folge des Art. 27 erforderliche Anzahl von außerordentlichen Ersazmännern; auch kann sie, in so fern der Prozeß das Interesse der Bundeskasse beschlägt, entweder selbst einen Anwalt bestellen oder den Bundesrath damit beauftragen.

Art. 35. Will die klagende Partei nach Abweisung ihrer Klage durch die Bundesversammlung den Zivilprozeß gegen die Eidgenossenschaft fortsetzen, so sollen die Mitglieder des Gerichtes, welche zugleich Mitglieder des National- oder Ständerathes sind, austreten. An deren Stelle sind außerordentliche Ersazmänner zu wählen.

Art. 36. In Beziehung auf sämtliche Richter gelten die Art. 56 und 57 des Gesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege.

III. Betreffend die übrigen eidgenössischen Beamten.

Art. 37. Wenn die vom Bundesrath gewählten Beamten sich fortgesetzter Nachlässigkeit oder offenbarer Pflichtversäumniß, oder wiederholter leichter Uebertretungen der Gesetze oder Reglemente schuldig machen, so

kann der Bundesrath Verweis, Ordnungsbuße bis auf 50 Franken, Suspension und Entlassung verfügen.

Art. 38. Die Anwendung aller dieser Disziplinarstrafen kann nur stattfinden nach vorgängiger Untersuchung und Anhörung der Betheiligten.

Die Entlassung erfordert einen schriftlichmotivirten Beschluß und die absolute Mehrheit aller Mitglieder der Behörde.

Art. 39. Dem Bundesgerichte steht hinsichtlich der von ihm gewählten Beamten die in den Art. 37 und 38 bezeichnete Disziplinalgewalt zu.

Art. 40. Verbrechen oder schwere Gesetzesübertretungen von Beamten, in so fern dieselben durch die eidgenössische Kriminalstrafgesetzgebung vorgesehen sind, hat der Bundesrath dem Bundesgerichte zu überweisen. Mit dieser Verfügung ist die Suspension zu verbinden, welche bis zum gerichtlichen Urtheile fortbauert.

Art. 41. Kriminalklagen gegen Beamte über ihre amtlichen Funktionen sind beim Bundesrathe anzubringen, und können nur durch Beschluß desselben beim Bundesgerichte anhängig gemacht werden.

Verweigert der Bundesrath die Ueberweisung der Klage an das Bundesgericht, so steht dem Kläger die Beschwerdeführung über diese Verfügung bei der Bundesversammlung zu. (Art. 74, Ziff. 15 der Bundesverfassung.)

Art. 42. Der Bundesrath ist verpflichtet, im Interesse der Bundeskasse gegen fehlbare Beamte auch Zivilklagen zu erheben, wenn deren Bedingungen vorhanden sind. (Art. 7.)

Art. 43. Alle Zivilklagen, welche von anderer Seite gegen Beamte wegen gesetzwidriger Amtsführung erhoben werden, sind zunächst beim Bundesrathe anzubringen.

Verweigert dieser seine Zustimmung, so kann der Kläger den beklagten Beamten auf dem Zivilwege verlangen, so fern er vorerst für die entspringenden Kosten eine vom Bundesgerichte zu bestimmende Kaution geleistet hat.

Art. 44. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1851 in Kraft.

Der Bundesrath ist mit der Vollziehung beauftragt.

Also beschlossen vom schweizerischen Nationalrathe,
Bern, den 7. Dezember 1850.

Der Präsident:

Dr. Kern.

Der Sekretär:

Schief.

Also beschlossen vom schweizerischen Ständerathe,
Bern, den 9. Dezember 1850.

Der Präsident:

J. Rüttimann.

Der Sekretär:

N. von Moos.

Der schweizerische Bundesrath
beschließt:

Einziger Artikel. Das vorstehende Bundesgesetz über die Verantwortlichkeit der eidgenössischen Behörden und Beamten, welches unter'm 7. und 9. Dezember 1850 von beiden Räthen erlassen worden, ist den sämmtlichen

Kantonsregierungen zur üblichen Publikation mitzuthellen und gleichzeitig in das Bundesblatt und in die offizielle Sammlung der Eidgenossenschaft aufzunehmen.

Bern, den 29. Januar 1851.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

J. Munzinger.

Der Stellvertreter des Kanzlers der Eidgenossenschaft:

N. von Moos.

Verordnung,

betreffend

das Ueberschreiten der Gränze mit zollpflichtigen
Waaren außer den Zollstunden.

(Vom 25. Januar 1851.)

Der schweizerische Bundesrath

in Gemäßheit der Artikel 21 und 53 des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1849 über das Zollwesen und zur nähern Erläuterung der Art. 18, 21 und 23 der Verordnung zum obigen Gesetze gleichen Tages,

verordnet:

Art. 1. Die Waarenführer, welche vor oder nach den durch Art. 21 obiger Verordnung zur Abfertigung der zollpflichtigen Güter festgesetzten Stunden in der Nähe

**Bundesgesetz über die Verantwortlichkeit der eidgenössischen Behörden und Beamten.
(Vom 9. Dezember 1850.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1851
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	05
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.02.1851
Date	
Data	
Seite	99-110
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 553

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dall'Archivio federale svizzero.